



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 20. Ratssitzung vom 2. November 2022

857. 2022/39

Postulat von Simone Hofer Frei (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 02.02.2022: Vergabe von Betriebsbeiträgen an Kulturinstitutionen, Verknüpfung mit einem klar definierten Leistungsauftrag

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Isabel Garcia (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4948/2022): Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Vergabe von Betriebsbeiträgen an Kulturinstitutionen wie das Theater MAXIM an einen klar definierten Leistungsauftrag geknüpft werden kann, sofern die finanzielle Unterstützung nicht im Rahmen der Kulturförderung Tanz und Theater erfolgt. Betriebsbeiträge an Institutionen, die nicht unter diese Konzeptförderung, sondern bspw. in den Bereich der Soziokultur oder des Schuldepartements fallen, sollen an einen klaren Leistungsauftrag geknüpft und nicht als Sockelbeitrag ausbezahlt werden.

Patrik Maillard (AL) begründet den von Dr. David Garcia Nuñez (AL) namens der AL-Fraktion am 2. März 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat bezieht sich offensichtlich auf das MAXIM Theater. Viele andere Institutionen, auf die dieses Postulat zutrifft, sind mir nicht bekannt. Der Gemeinderat hat bereits eine Weisung auf eine Motion verabschiedet, in der dasselbe wie in diesem Postulat verlangt wurde. Ich zitiere, was die Motion verlangte: «... eine kreditschaffende Weisung vorzulegen für einen wiederkehrenden Beitrag an den Verein MAXIM Theater. Der Beitrag soll mit einem klaren Leistungsauftrag verbunden sein.» Bei der Begründung unterscheidet sich das Postulat aber von der Motion. Es soll kein Sockelbeitrag ausbezahlt werden, es sollen wieder Leistungsvereinbarungen gemacht werden. In der Weisung wird klar festgelegt, für welche Leistungen Geld gesprochen wird. Zur Umsetzung der Motion wurde zwischen dem Präsidentsdepartement und dem MAXIM Theater eine Subventionsvereinbarung abgeschlossen. Diese regelt genau, welche Bereiche subventioniert werden, nämlich ausschliesslich das ebenfalls in der Weisung definierte Grundangebot. Das Grundangebot beinhaltet die Infrastruktur und das Personal, künstlerische Bildung in Form von vier bis fünf professionell geleiteten Theaterkursen pro Jahr, eine Veranstaltungsplattform mit rund 20 Veranstaltungen pro Jahr sowie das einmal pro Woche geöffnete Sprachcafé. Nicht subventioniert wird alles andere, was das Theater anbietet. Nun fordert die GLP einen klaren und messbaren Leistungsauftrag. Daraus schliesse ich, dass ihr die in der Weisung gemachte Subventionsvereinbarung nicht weit genug geht. Messbar ist beispielsweise die Professionalität der Theaterkurse. Dort sind die Kriterien aber schon klar definiert. Wie soll die Leistung von freiwilligen Mitarbeitenden im Sprachcafé gemessen werden? Durch Sprachtests oder Expertenbesuche? Offensichtlich wird von der GLP eine starre Reglementierung mit Leistungsansprüchen in jedem Segment gefordert.



Diese müssten mit dem Präsidialdepartement, dem Sozialdepartement und eventuell dem Schuldepartement abgeschlossen werden. Bei anderen Institutionen kämen allenfalls noch mehr Vertragspartner hinzu. Eine Kultur der Zusammenarbeit und des Austauschs wie im MAXIM Theater würde hierdurch behindert.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Bei diesem Postulat geht es um Kulturinstitutionen im Bereich Tanz und Theater, die jährlich von der Stadt Beiträge erhalten, dies ausserhalb der Kulturförderung. Welche Institutionen sind hier gemeint? Im Schul- und Sportdepartement gibt es keine einzige solche Institution. Das Schulamt kauft die Leistungen für die Schulen bei solchen Institutionen nämlich in Form von Ticketkontingenten ein. Es handelt sich hierbei also nicht um Betriebsbeiträge, sondern um Leistungsbezüge. Das Sozialdepartement unterstützt genau eine solche Institution, nämlich das Schalktheater. Der Beitrag beläuft sich auf 20 000 Franken pro Jahr. Bei diesem Theater handelt es sich um ein Angebot von und mit Menschen mit psychischer Beeinträchtigung. Für die Betroffenen ist es ein wertvolles Angebot. Auch im Präsidialdepartement wird lediglich eine Institution mit Betriebsbeiträgen unterstützt, nämlich das MAXIM Theater. Diese Subvention hat der Gemeinderat am 9. Februar 2022 mit klarer Mehrheit gutgeheissen. Der Betriebsbeitrag dient der Aufrechterhaltung des Grundangebots. So ist es in der betreffenden Weisung festgehalten. Unterdessen hat die Stadt mit dem Theater MAXIM eine Subventionsvereinbarung abgeschlossen, in der die zu erbringenden Leistungen klar und detailliert festgehalten sind. Die Forderung dieses Postulats ist also im Fall des Theaters MAXIM bereits erfüllt. Weitere solche Kulturinstitutionen gibt es kaum. Darum ist das Postulat aus Sicht der Grünen überflüssig und es wird abgelehnt.

Christina Horisberger (SP): Der SP erschliesst sich der Sinn dieses Postulats nicht, da Leistungsaufträge in den Subventionsvereinbarungen formuliert und definiert werden. Es gibt Kennzahlen und Ziele, die regelmässig überprüft werden. Auch behagt der SP die Formulierung «klare und messbare Leistungen» nicht. Kulturinstitutionen sind mit administrativen Aufgaben voll ausgelastet. Lassen wir ihnen den Raum, ihren eigentlichen Kernauftrag zu erfüllen. Kreatives Schaffen soll nicht unter der Erbsenzählerei begraben werden. Die SP lehnt das Postulat ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wir haben gehört, dass nur ganz wenige Institutionen unter die Kriterien dieses Postulats fallen. Dieser Blick ist aber rein gegenwartsbezogen. Es kann sein, dass dieser bis anhin kurzen Liste künftig neue Kulturinstitutionen hinzugefügt werden. Es ist darum sinnvoll, eine Verknüpfung an einen Leistungsauftrag zu fordern. Wichtig ist auch die Formulierung klarer Kriterien, zum Beispiel eine genaue Definition der zu erbringenden Leistungen.

Yasmine Bourgeois (FDP): Bereits als die Motion der AL einen Beitrag für das MAXIM Theater verlangte, monierte die FDP, dass sich das Theater geschickt vor dem Wettbewerb des neuen Fördersystems drückt. Dabei hatte die FDP zusammen mit der AL gleich lange Spiesse für alle gefordert. Dieser im Nachgang entstandene Vorstoss der GLP beinhaltet deshalb ein absolut berechtigtes Anliegen. Heute fallen vielleicht wenige



3 / 3

Institutionen darunter. Bekanntlich möchte die Linke aber noch mehr künstlerische Räume, in denen sich Kunstschaffende entfalten können. Subventionen dafür sollen künftig an Vereinbarungen geknüpft werden. Die FDP unterstützt dieses Postulat.

Das Postulat wird mit 56 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat